



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

F/XIII/105 - 9. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Ein Nachwort zur Synode Von Ludwig Metzger, MdB Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland	93
3 - 4	Die anti-nukleare Bewegung in Japan Von Professor Tadataka Sata Mitglied des japanischen Oberhauses	78
5	SPD-Parteitag 1958 in Stuttgart Grosse Beteiligung des In- und Auslandes	45
6 - 7	Wer kümmert sich um die Zurückbleibenden? Noch eine Million Deutscher hinter Oder und Neisse	71

* * * * *

Ein Nachwort zur Synode

Von Ludwig Metzger, MdB

Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Der Verlauf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin hat bewiesen, wie völlig haltlos die Behauptung der Regierung und ihrer Parteien ist, die atomare Frage werde von der Opposition "aus parteitaktischen Gründen" in das deutsche Volk geworfen. Die Tagesordnung der Synode sah zunächst als Hauptthema nur die Frage der Erziehung vor. Aber das Schwergewicht der atomaren Frage hat die Synode gezwungen, sie nicht nur gleichberechtigt neben der Erziehungsfrage zu behandeln, sondern sie immer mehr in den Vordergrund zu rücken. Schon am ersten Tag hat der Vorsitzende des Rates, Bischof Dibelius, in seinem Bericht erklärt: "Der Krieg mit Atomwaffen ist Massenmord an fremden Völkern und am eigenen Volk", und er hat hinzugefügt: "Weil wir die Atomwaffen verwerfen, müssen wir den Krieg verwerfen". Mit der Entdeckung der Atomkraft, sagte er, sei ein neues Zeitalter angebrochen. In diesem Bericht war ein Ton angeschlagen worden, der auf der Synode in immer neuen Variationen zum Klingen kam. Der Sache nach hat Bischof Dibelius das gleiche gesagt, das in der Anfrage der Kirchlichen Bruderschaften an die Synode, die soviel Aufsehen erregt hat, zum Ausdruck gekommen ist.

"Sünde vor Gott"

In tagelangen Verhandlungen hat der Ausschuss, der für die Atomfragen eingesetzt worden ist, um die Probleme gerungen. In einer Erklärung des Ausschusses, die vom Plenum der Synode gebilligt worden ist, wurden die Punkte, in denen Einmütigkeit bestand, und die Probleme, bei denen sich tiefe Gegensätze zeigten, vorgelegt. Einhellig war man in der Bitte an alle verantwortlichen Politiker, alles zu tun, was zu einer allgemeinen Abrüstung führen kann. Einhellig wurde an die Weltmächte die Forderung gerichtet, die Atombombenversuche einzustellen und nicht wieder aufzunehmen, und einhellig wurden die beiden Regierungen unseres gespaltenen Vaterlandes gebeten, alles zu tun, um eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden.

Die Gegensätze brachen auf in der Beurteilung der atomaren Waffen selbst. Viele Synodalen, vor allem auch viele Vertreter aus den oestzonalen Kirchen, erklärten die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art als Sünde vor Gott, während andere der Überzeugung waren, es seien Situationen denkbar, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden könne.

Das Problem der Militärseelsorge

Wie sehr die Frage der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr die Gemüter aufgewühlt hat, zeigt auch ein Beschluss, den die Kirchenkonferenz, die Vertretung der Kirchenleitungen der einzelnen Landeskirchen, gefasst hat. Sie hält es für erforderlich, die sich für die Militärseelsorge ergebenden Folgerungen durch die Gliedkirchen zu überprüfen, nachdem die Möglichkeit einer atomaren Aufrüstung der Bundeswehr besteht. Der Beschluss des Bundestages vom 25. März 1958 in Bezug auf die atomare Aufrüstung der Bundeswehr hat den Kirchenführern den

Militärseelsorgevertrag in einem neuen Licht erscheinen lassen. Die Frage nach der Veränderung der Vertragsgrundlage ist aufgeworfen.

Vertragsänderung angestrebt

Auch die Synode hat der Militärseelsorgevertrag lebhaft beschäftigt. Viele Synodalen aus dem Osten haben in Gesprächen zugegeben, dass sie heute dem vor einem Jahr beschlossenen Vertrag unter keinen Umständen mehr zustimmen würden. Die Synode hat den Rat beauftragt, einen Ausschuss einzusetzen, der den Militärseelsorgevertrag überprüfen soll, insbesondere auch hinsichtlich einer Überleitung der Militärseelsorge in die ausschliessliche Zuständigkeit der beteiligten Landeskirchen, und der dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen hat. Das ist ein Beschluss, der weiter geht, als es vielleicht auf den ersten Blick den Anschein hat. Die Militärseelsorge soll danach in Zukunft nicht mehr in der Zuständigkeit der Evangelischen Kirche in Deutschland, sondern bei den beteiligten Landeskirchen liegen. Das bedeutet, dass der Staat einen anderen Vertragspartner, nämlich die Landeskirchen der Bundesrepublik (evtl. repräsentiert durch einen zu bildenden Zweckverband) haben wird, es bedeutet aber auch, dass der Vertrag eine inhaltliche Änderung erfahren muss. Dabei ist zu wünschen, dass in dem neuen Vertrag die Stellung der beteiligten Kirchen gegenüber dem Staat selbständiger wird, als es in dem jetzt gültigen Seelsorgevertrag der Fall ist. Es ist nicht gut, dass Militärggeistliche Staatsbeamte sind. Dadurch wird die Freiheit der Verkündigung eingeengt. Es kann nicht bestritten werden, dass ein Militärggeistlicher, der die Überzeugung eines grossen Teils der Synode teilt, dass schon die Herstellung und Bereitstellung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, als Staatsbeamter mit seinem Dienstherrn, dem Staat, in Konflikt geraten muss, wenn er das Evangelium in der Bindung an sein Gewissen verkündigt.

Tiefste Gewissensnot

Die Synode hat gut daran getan, bestehende Gegensätze nicht zu verwischen. Denn sie sind nicht - wie eine billige politische Propaganda will - taktischer Art. Sie sind auch nicht durch einen "Druck" der Pankower Regierung erzeugt. Es handelt sich nicht um Fragen der Zweckmässigkeit, sondern um Fragen des christlichen Gewissens, wie der Vorsitzende des Atomausschusses, Professor R a i - s e r , in seinem Bericht vor dem Plenum ausführte. Wenn die Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland von diesen Fragen so umgetrieben worden sind, wie wir das erlebt haben, sollte nicht mehr in der leichtfertigen Weise von der "Unruhe" gesprochen werden, wie wir das im Bundestag durch einen Vertreter der Regierung hören mussten.

Man sollte auch nicht die Menschen, die aus tiefster Gewissensnot reden, als "falsche Propheten" abzutun versuchen. Das kann weder unserer Demokratie noch unserer Volke zum Heile gereichen. Auch davon war auf der Synode die Rede.

Die anti-nukleare Bewegung in Japan

Von Professor Tadataka Sata

Mitglied des japanischen Oberhauses

Der Verfasser dieses Artikels hat auf einer Reise, die ihn durch viele europäische Länder führte, kürzlich auch die Bundesrepublik besucht.

Die Niederlage Japans im zweiten Weltkrieg erfolgte durch den Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki. Das japanische Volk sah mit eigenen Augen und erlebte am eigenen Leibe, welche ungeheuerliche und tragische Zerstörung diese Vernichtungswaffen bewirkten. Seit dieser Zeit sind die Japaner zutiefst über die Entwicklung der A- und H-Bomben sowie der nuklearen Waffen besorgt und appellieren an die Völker der Welt für ein Verbot dieser Waffen.

Besonders nach dem immer stärker werdenden nuklearen Rüstungswettlauf der Grossmächte in Ost und West wie auch infolge einer Reihe von Versuchsexplosionen im Pazifik und auf dem Gebiet der Sowjetunion ist der Einfluss der Bewegung gegen nukleare Waffen beträchtlich gewachsen. Alle Japaner heben sich nun in der Forderung nach dem Verbot nuklearer Waffen vereint. Das Gewicht der öffentlichen Meinung gegen diese Waffen wird von Tag zu Tag stärker.

Die japanische Bewegung gegen nukleare Waffen verfügt über ein einziges nationales Leitungsorgan, den "Japanischen Rat gegen die A- und H-Bomben". Aus spontanen Beiträgen des japanischen Volkes wird der Fonds gespeist, mit dessen Hilfe der Rat nationale Aktionen durchführen kann. Die lebhafteste Anteilnahme des Volkes spiegelt sich in einer Unterschriftenkampagne wider, bei der mehr als 50 Millionen Unterschriften gesammelt werden konnten. Der Rat setzt sich aus zahlreichen über das ganze Land verbreiteten Organisationen zusammen, wie religiöse Körperschaften aller Art, verschiedene Friedensorganisationen, Gewerkschaften, darunter als stärkste in Japan überhaupt die "Sohyo", Jugend- und Frauenorganisationen sowie Gemeindevertretungen. Der Rat hat seine örtlichen Sektionen in jedem Teil des Landes. Obwohl keine politische Partei direkt als Mitglied dem Rat angeschlossen sein kann, gibt die Sozialistische Partei dem Rat und der von ihm geführten Bewegung jede nur mögliche Unterstützung und Hilfe.

In den letzten drei Jahren hatte der Rat das Patronat der internationalen Konferenzen in Hiroshima, Nagasaki und Tokio übernommen, an denen eine grosse Zahl von Japanern und Ausländern teilnahmen. Durch diese Konferenzen appellierte das japanische Volk an die öffentliche

Meinung der ganzen Welt für ein Verbot nuklearer Waffen.

Dem Japanischen Rat gegen A- und H-Bomben ist es gelungen, eine wirklich über ganz Japan verbreitete Bewegung zu schaffen, durch die unser Volk eine vereinte Hoffnung gegenüber den Nationen der Welt ausdrücken kann. Zur Stunde besitzen die Sozialisten einen wesentlichen Anteil an der Führung dieser Bewegung. Die Tragödie von Bikini, bei der japanische Fischer einen elenden Tod erlitten, hat die Japaner an die schreckliche Wirkung nuklearer Waffen sowie der Testexplosionen erinnert.

Zur Zeit bereitet der Rat die 4. Weltkonferenz vor. Sie wird gegen Mitte des Jahres 1958 in Tokio stattfinden. Wir sind der Meinung, dass diese Konferenz von grosser Wichtigkeit sein wird, besonders da die weltweite Aufmerksamkeit dem Problem eines Verbots der Versuchsexplosionen immer mehr zugewandt ist. An der Konferenz von 1957 nahmen viele Japaner und mehr als 200 Delegierte aus 23 Ländern teil. Wir erkennen offen an, dass die Mehrzahl der ausländischen Teilnehmer aus kommunistischen Ländern kamen oder Mitglieder kommunistischer Organisationen in nicht-kommunistischen Ländern waren, ein Umstand, der von uns bedauert wird und den die Japaner, die aus ehrenwerten Motiven an der Konferenz teilnahmen, heftig kritisierten. Aus diesem Grunde war es möglich, dass die Weltkonferenzen oft im Ausland als eine von Kommunisten gelenkte Friedensoffensive angesehen wurden. Die Bewegung gegen nukleare Waffen muss jedoch zu einer weltweiten Aktion werden. Möglichst viele Vertreter aus westlichen Ländern, wo nach unserem Wissen viele auf ein Verbot der Versuchsexplosionen hoffen, müssen an der Weltkonferenz 1958 teilnehmen. Diese Vertreter werden gewiss von japanischen Volk und dem Rat herzlich willkommen geheissen. Die Sozialdemokratische Partei Japans hat gegenüber der Welt die Verantwortung übernommen, dass sie ihren Teil dazu beiträgt, diese Bewegung auf die Bahn des demokratischen Sozialismus zu führen. Die Partei erwünscht aufrichtig die Teilnahme vieler Delegierter der Sozialistischen Internationale, der Asiatischen Sozialistischen Konferenz, der Bruderparteien sowie der dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossenen Gewerkschaften.

Die Sozialisten beabsichtigen, der kommenden Weltkonferenz folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. Allgemeines Verbot der Lagerung, des Transports und der Produktion nuklearer Waffen sowie eine allgemeine Abrüstung. Dazu die bedingungslose und sofortige Einstellung von Versuchsexplosionen.
2. Widerstand gegen die nukleare Aufrüstung Japans und die Stationierung von Truppen, die mit nuklearen Waffen ausgerüstet sind.
3. Errichtung einer nordpazifischen atomwaffenfreien Zone unter Einschluss Japans und der fernöstlichen Gebiete der Sowjetunion und Chinas.
4. Wirksamere Hilfe für diejenigen, die Verletzungen durch Atombomben davontragen.

SPD-Parteitag 1958 in Stuttgart

sp - Die Neckarstadt Stuttgart wird in der Zeit vom 18. - 23. Mai im Blickfeld der deutschen und internationalen Öffentlichkeit stehen. In dieser Zeit hält die zweitgrösste deutsche Partei, die Sozialdemokratie, ihren Parteitag ab. Es ist dies der siebente in der Nachkriegsgeschichte der wiedererstandenen Partei eines August Bebel, Fritz Ebert und Kurt Schumacher. Eine ungewöhnlich grosse Zahl von Vertretern befreundeter Parteien aus dem Ausland beweist das grosse Interesse, das, vielleicht mehr als früher, die Politik und die Rolle der SPD findet. Hervorragende Führer des europäischen demokratischen Sozialismus befinden sich unter den Stuttgarter Gästen, so Hugh Gaitskell, der Vorsitzende der Labourfraktion im britischen Unterhaus, Tom Driberg, der Vorsitzende der britischen Labour-Party, der vielgewandte und elastische österreichische Vizekanzler Dr. Pittermann, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale Ålving Andersen und viele andere glänzende Namen, die sich in der Politik und Geschichte ihrer Heimatländer ausgezeichnet haben. Wo Politiker und Staatsmänner zusammenkommen, darf die Presse nicht fehlen. In einer Stärke wie noch nie zuvor auf einem Parteitag der SPD werden in- und ausländische Journalisten in Erscheinung treten.

Nach einer öffentlichen Kundgebung am Sonntag Vormittag, dem 18. Mai, auf der prominente Persönlichkeiten des in- und Auslandes sprechen werden, erfolgt um 17 Uhr im Konzerthaus Biederhalle die feierliche Eröffnung des Parteitages mit einem Oratorium, für das der Dichter Günther Weisenborn den Text geschrieben hat. Die Inszenierung hat Erwin Piscator übernommen. Das Thema des Oratoriums ist den drohenden Atomgefahren gewidmet.

Mit einem grossen Referat über "Frieden und Freiheit durch sozialistische Politik" des Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, beginnt am Montag die eigentliche Arbeit des Parteitages. Daran schliessen sich Referate über Gegenwartprobleme sozialdemokratischer Politik, wozu die Bundestagsabgeordneten Fritz Erler, Herbert Wehner, Dr. Heinrich Deist, Dr. Adolf Arndt, der stellvertretende Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Hermann Veit und der Vorsitzende des Landesverbandes Bayern der SPD, Waldemar v. Knoerigen, sprechen werden. Grosse Aufmerksamkeit dürfte die Beratung des Entwurfs eines Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beanspruchen, den das Mitglied des Parteivorstandes, Willi Eichler, begründen wird. Alfred Nau, ebenfalls vom Parteivorstand, wird den Aufbau der Parteiorganisation behandeln und damit ein Thema berühren, das durch die sogenannte Reformdiskussion recht stark in das Bewusstsein der politisch interessierten Öffentlichkeit gerückt ist.

Diese Stuttgarter Tage werden für alle Beteiligten mit schwerer Arbeit verbunden sein. Sie dient der Stärkung der Demokratie, der Erhaltung des Friedens und dem Wohl des ganzen Volkes.

Wer kümmert sich um die Zurückbleibenden?

K.J. An den Strom der Sowjetzonenflüchtlinge haben wir uns gewöhnt - an die Spätaussiedler müssen wir uns erst noch gewöhnen. Sie geben viele neue Probleme auf, die gelöst werden müssen. Die Aussiedlung aus den alten deutschen Ostgebieten läuft zwar unter dem Titel "Familienzusammenführung" - in Wirklichkeit ist es manchmal alles andere als das. Mancher, der im Lager Friedland ankommt und frohgemut an den Sohn, die Mutter, den Onkel telegraphiert, erhält die erschütternde Antwort: Bitte nicht kommen. Haben keine Unterbringungsmöglichkeit.

Die Lager wachsen zu; drei, vier, fünf Familien teilen sich in einen Raum. Manche Alten kommen nur, um bald nach der Ankunft zu sterben: in jedem Transport befinden sich etliche Siebzig- und Achtzigjährige, pflegebedürftige Menschen, die keine Kraft mehr zum Neuanfang in der Fremde haben. Und die Bundesrepublik ist eben für den, der nie aus Breslau, Liegnitz, Hirschberg oder Kattowitz herausgekommen ist, die Fremde. Zehntausende von Jugendlichen sprechen kein Wort Deutsch: sie haben es in den polnischen Schulen nicht gelernt, viele sind Waisenkinder. Mühselig krampfen die caritativen Verbände herum, um mit viel zu geringen staatlichen Zuschüssen Förderschulen einzurichten.

Bis Ende 1957 kamen rund 120 000 Spätaussiedler aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten. Wieviele werden es in diesem Jahre sein? Wieviele kommen überhaupt noch? Und wieviele bleiben zurück? Die Zahlen gehen durcheinander. Während die Bundesregierung von 150 000 bis 180 000 noch aufzunehmenden Spätaussiedlern spricht, nennt das Rote Kreuz Zahlen bis 220 000. Es gibt keine Klarheit. Beinahe jeder Spätaussiedler bringt eine neue Namensliste von Menschen mit, die um Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik nachsuchen.

Eine grobe Schätzung spricht von rund einer Million Deutscher, die noch hinter Oder und Neisse leben. Nicht alle können, nicht alle wollen ausreisen. Aber es ist zweifellos der grösste Teil. Die Landsmannschaften die Vertriebenenverbände sehen den Aussiedlerstrom mit sehr gemischten Gefühlen. Gefährdet die Aussiedlung nicht das "Recht auf Heimat"? Wie sollen wir weiter auf die Gebiete hinter der Oder und Neisse Anspruch erheben, wenn da kein Deutscher mehr ist? Doch diese Erwägungen gehen an der Wirklichkeit vorbei, weil sie den menschlichen Faktor nicht genügend berücksichtigen.

Da ist einmal die leidige Frage der Staatszugehörigkeit. Manche

haben kein Papier, das sie als Deutsche ausweist. Wenn es aber einmal einen Minderheitenschutz für die Zurückgebliebenen geben soll - und manches spricht dafür, dass sich Polen dazu entschliessen könnte - , dann wird die Staatszugehörigkeit doppelt wichtig. Tausende von drängenden Briefen liegen beim Roten Kreuz und einigen Bundesministerien, geschrieben von Deutschen aus Schlesien, Ostpommern, Ostpreussen, die von der Regierung ein amtliches Papier möchten, das sie als Deutsche anerkennt. Und hier geschieht nichts, kann nichts geschehen, weil es die Bundesregierung für richtig hält, zu Warschau keine diplomatischen Beziehungen aufzunehmen.

"DDR" gibt Ausweise

Anders die Sowjetzone: sie hat mit der polnischen Regierung, bei der sie ihren Botschafter sitzen hat, vereinbart, dass jeder im polnischen Staatsgebiet von heute lebende Deutsche einen "DDR"-Ausweis bekommen kann wenn er ihn wünscht. Überhaupt ist damit die Übersiedlung nach Mitteldeutschland recht einfach. Viele bürokratische Schwierigkeiten entfallen von selbst. Natürlich legen die meisten Ostdeutschen mehr Wert auf einen westdeutschen Personalausweis.

Ungelöst ist auch noch immer die Frage der Pensionen und Renten. Grundsätzlich zahlt der Bund Versorgungsbezüge an Deutsche im Ausland, wenn sie sich auf entsprechende Leistungen früher einen Rechtsanspruch erworben haben - der ehemalige Reichsbahnbeamte in Breslau oder der Lehrer in Gleiwitz aber erhält sie nicht. Nicht besser steht es mit der Kriegsopferversorgung. Wie dem Deutschen Roten Kreuz bekannt wurde, brauchen allein in Niederschlesien neuntausend Deutsche Prothesen. Soll der polnische Staat für die deutschen Kriegsbeschädigten aufkommen? Jedenfalls hätte er nichts dagegen - dahingehende Ausserungen liegen vor - wenn sich die Bundesrepublik um zurückgebliebene Kriegsoffer kümmerte.

So reiht sich eine Frage an die andere. Rotes Kreuz und caritative Organisationen können - auch nicht, wenn sie staatliche Mittel dafür bekommen - mit diesen Dingen allein nicht fertig werden. Das geht über ihre Kräfte. Wirklich helfen kann nur das direkte Gespräch Bonn-Warschau. Solange das nicht zustande kommt, bleibt alle Betreuungsarbeit für die Zurückgebliebenen nur ein Beruhigungspflaster, von dem man getrost sagen kann, dass es mehr diejenigen beruhigen soll, die es schlechten Gewissens aufkleben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel